

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.
Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Verleger: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 35 Donnerstag den 12. Februar 1920 79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung, die Zuckerkarten der Reihe 15 betreffend.

Die Gültigkeit der Zuckerkarten für den laufenden Versorgungszeitraum (1. November 1919 bis 12. Februar 1920, Reihe 15) erlischt mit dem 12. Februar 1920. Nach diesem Zeitraum darf auf Zuckerkarten, Bezugskarten und Ergänzungskarten der Reihe 15 Zucker im Kleinhandel nicht mehr abgegeben werden. Die Bezug- und Ergänzungskarten der Reihe 15 und etwa noch im Verkehr befindliche Bezugsausweise dieser Reihe sind bis spätestens zum 20. Februar 1920 durch die Mitglieder der Zuckererteilungsstelle an diese einzureichen. Wegen der vom Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt, angeordneten Nachberechnung der am 12. Februar 1920 in den Händen des Handels befindlichen Bestände ist auf rechtzeitige Ablieferung der Karten besonders zu achten; verspätete Einlieferungen können bei der Nachberechnung nicht mehr berücksichtigt werden. Dresden, am 9. Februar 1920.

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

Bekanntmachung, die Zuckerkarten der Reihe 16 betreffend.

Ab 13. Februar 1920 gelten in Freistaat Sachsen die Zucker- und Bezugskarten der Reihe 16, die auf 5 Pfund Zucker lauten und zur Deckung des Bedarfs für die Zeit vom 13. Februar bis 29. Mai 1920 bestimmt sind. Die Karten sind in der bisherigen Weise ausgestaltet und wiederum auf Wasserzeichenpapier (Rantenstreifen) gedruckt, um Fälschungen und Nachdruck zu verhüten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß diesmal durch die Verwendung eines besseren und besonders für diesen Zweck angefertigten Papiers das Wasserzeichen (Rantenstreifen) besonders gut kenntlich und somit jedermann in der Lage ist, sofort die Echtheit der Karten nachzuweisen. Die Annahme falscher Karten kann den Ausschluß vom Zuckerhandel wegen Unzuverlässigkeit und Bestrafung nach sich ziehen. Zuckerkarten (nicht Bezug- und Ergänzungskarten) der Reihe 16 dürfen nur bis zum 4. März 1920 zur Belieferung angemeldet werden, da für die spätere Zeit nur noch Ergänzungskarten zur Ausgabe gelangen. Die von den Zuckerhändlern vereinnahmten Bezugsausweise, Bezug- und Ergänzungskarten der Reihe 16 sind jedesmal mit größter Pünktlichkeit, spätestens aber innerhalb 14 Tagen nach Empfang an die Lieferanten weiterzugeben. Da die Nichtbrachtung dieser Vorschrift erhebliche Störungen in der Belieferung zur Folge haben kann, wird gegen säumige Einkäufer gegebenenfalls durch Ausschluß vom Zuckerhandel eingeschritten werden. Erneut wird darauf hingewiesen, daß sämtliche Zuckerkarten mit Namen, Wohnort des Inhabers und mit dem Stempel des Kleinhändlers zu versehen sind. Karten, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, dürfen nicht angenommen werden. Die Zuckererteilungsstelle wird künftig derartige Karten nicht mehr einlösen. Jede Einsendung von Karten hat unter „Einschreiben“ oder mittels Wertpaketes

zu erfolgen. Bei Nichtbrachtung dieser Bestimmungen wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet. Durchlochte Karten gelten als entwertet und dürfen nicht mehr beliefert werden. Ergänzungskarten ohne Zeit- und Reihenangabe und ohne den Stempel des ausgebenden Kommunalverbandes oder der sonstigen Aufgabestelle sind ungültig. Die Annahme solcher Karten ist unzulässig und strafbar. Dresden, am 9. Februar 1920.

Wirtschaftsministerium, Landeslebensmittelamt.

Montag den 16. Februar 1920 vormittags 10 Uhr

öffentl. Sitzung des Bezirksausschusses

abgehalten werden. Die Tagesordnung hängt im Anmeldezimmer vom 11. Februar 1920 ab aus. Weissen, am 10. Februar 1920. Nr. 7 I. Der Amtshauptmann.

Fleischversorgung.

Im Kommunalverband Weissen Land einschl. der rev. Städte Rössen, Lommahsch und Wilsdruff wird die auf Bezugskarten gegen Abgabe der Reichsfleischmarken A zu verabfolgende Fleischmenge für die Woche vom 9. bis 15. Februar wie folgt festgesetzt: a) für Personen über 6 Jahre: 150 Gramm Fleisch mit Knochen oder — soweit vorhanden — 120 Gramm Hackfleisch oder 150 Gramm Würst. b) für Kinder unter 6 Jahren: 75 Gramm Fleisch mit Knochen oder — soweit vorhanden — 60 Gramm Hackfleisch oder 75 Gramm Würst. Weissen, am 10. Februar 1920. Nr. 1 II L. Kommunalverband Weissen Land.

Kesselsdorf.

Brotmarken-Ausgabe.

Freitag den 13. Februar vormittags 9—11 Uhr. Kesselsdorf, am 11. Februar 1920. Der Gemeindevorstand.

Der Kronprinz bietet sich als Opfer an.

Kleine Zeitung für eilige Leser.
* Bis jetzt hat Deutschland an die Entente schon eine Kriegsschuldigung von über 88 Milliarden Goldwert geschuldet.
* Der Nationalversammlungsausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat die Haltung der Regierung in der Auslieferungsforderung gebilligt.
* Der ehemalige deutsche Kronprinz bietet sich in einem Telegramm an die feindlichen Herrscher freiwillig an, wenn diese auf den Rest der Auslieferungsbilanz verzichten.
* Der Prozess gegen den Hauptmann v. Kessel ist wegen lebensgefährlicher Erkrankung des Angeklagten vertagt und dieser aus der Haft entlassen worden.
* Der amerikanische Marineminister Daniels bereitet ein großes Flottenprogramm für die Vereinigten Staaten vor, das 16 Überdreadnoughts und 10 Vauerskreuzer umfaßt.

Doppelpolitik?

Wenn man den Franzosen glauben wollte, müßte man Lloyd George, den britischen Ministerpräsidenten, zu denjenigen Männern unserer wildbewegten Gegenwart zählen, deren Charakterbild in der Geschichte schwankt und schwanken wird. Mit bitteren Worten beklagt sich der „Times“, das bedeutendste Blatt, das der Vorlier Regierung zur Verfügung steht, über die hinterhältige Politik, die man in London in der Auslieferungsforderung der Republik gegenüber getrieben habe. England sei es schon gemein, das infolge der Verhandlungen über die Abtretung der Lorraine die rechtzeitige Abreise der deutschen Kriegsgefangenen verhindert habe, obwohl aber in Deutschland an erster Stelle natürlich Frankreich verantwortlich gemacht worden sei. Jetzt wiederhole sich der Fall. Niemand hätte mehr als Lloyd George auf der Auslieferung der „Schuldigen“ bestanden, niemand hätte diese Frage mehr als Lloyd George zur Plattform seiner Agitationen und Wahlreden gemacht. Jetzt aber scheint England plötzlich Deutschland entgegenkommen zu wollen, und der Erfolg sei, daß man in Deutschland abermals Frankreich als den allein Schuldigen ansetze. Ob von nun an diese Doppelpolitik Englands wohl aufhören werde?

Schon diese bloße Fragestellung wird in London gewiß sehr angenehm empfunden werden. Was den dortigen Regierungen hier vorgeworfen wird, pflegt man in Deutschland jetzt gewöhnlich ebenso kurz wie treffend mit dem Schlagwort „Schlebung“ zu bezichtigen. Daß die Engländer aber in dieser Kunst Meister sind, von jeder gewissen Art, ist für die klugen Leute vom „Times“ doch gewiß keine Entdeckung von heute und gestern, und so müssen sie es eben leiden, daß die Engländer diese ihre Meisterhaftigkeit überall da zur Anwendung bringen, wo ihre Interessen es erheischen, gleichviel was Freund und Feind dazu sagen mögen. Der Erfolg ist es, den man in London einzig und allein als Höfchen anbetet: moralische Umwandlungen überläßt man von Herzen gern den minder „ausgewählten“ Völkern dieser Erde. Schließlich ist es ja auch richtig: jedes Land hat diejenigen Bundesgenossen, die es verdient. Deutschland ist an seiner Vajallen-treue für Österreich-Ungarn zugrunde gegangen, dessen Herrscher im Großen Hauptquartier hundstreu neben ihm hielte zu derselben Zeit, da er heimlich über einen Sonderfrieden mit den gemeinsamen Feinden verhandeln ließ. Frankreich ist an Englands Seite zum Siege gelangt, muß sich dafür aber hinterdrein wie ein Vasallenstaat behandeln lassen und wird auf diesem Gebiete sicherlich noch sein blaues Wunder erleben. Wir stehen ja erst am Anfang der neuen Entwicklung, die Europa nach dem Weltkrieg beschieden ist; die Franzosen werden das Säuemen bald verlernt haben. Damit soll indessen durchaus nicht gesagt sein, daß man sich in Deutschland die Auffassung des „Times“ in diesem Falle etwa zu eigen macht. Auch wir haben den Eifer nicht vergessen, mit dem gerade Lloyd George die Auslieferungsforderung vor dem ganzen Volke behandelte hat; wir brauchen ja nur die englische Liste anzusehen, um zu finden, daß sie in nichts hinter der französischen zurücksteht. Nicht weniger als sieben Admirale — Tirpitz, Capelle, Bachmann, Höper, v. Seltur, v. Müller und Behne — und dreizehn Unterseeboot-Kommandanten fordern sie von uns heraus, daneben noch, wegen besonderer Ausdahlungen, die Admirale Ingenshi und v. Schröder, und selbstverständlich auch den Kommandeur des Luftschiffeschwabers, das am 13. Mai 1918 London einen Besuch abstattete. Nein, der „Times“ kann sich beruhigen: England und Frankreich marschieren für

uns, was die Auslieferung angeht, auf gleicher Linie. Daß Frankreich sich dazu bereit gibt, den Entreiber dieser Forderung zu spielen, auch für England, für Belgien, für Italien und die sonstige Gefolgschaft weiterhin im Osten, dazu mag es vielleicht den Verbündeten gegenüber verpflichtet sein; seinem Intellekt stellt indessen die Übernahme dieser Rolle kein rühmliches Zeugnis aus. Auf den Ehrennamen der „grohmütigen Nation“, mit dem die Franzosen sich von jeher so gern gebrüstet haben, werden sie fortan schon wohl oder übel verzichten müssen.

Zur Auslieferungsforderung.

Einigkeit zwischen Parlament und Regierung.
Der Ausschuss der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten hat sich inzwischen ebenfalls mit der Auslieferungsforderung befaßt und ist zu folgendem Entschluß gekommen, den Scheidemann verflüchtelt: „Unbeschadet mancherlei Ausstellungen im einzelnen stelle ich fest, daß der Ausschuss sich in der Auslieferungsforderung einverstanden erklärt mit dem bisherigen Verhalten und den vorgesehritten Schritten der Regierung. Der Ausschuss erwartet, daß er vor weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig berufen wird, daß er Stellung dazu nehmen kann.“

Erzbergers Ansicht.

Der Reichsfinanzminister Erzberger äußerte sich dem amerikanischen Journalisten Karl v. Wegand gegenüber über die Auslieferungsforderung u. a. wie folgt: „Ich habe die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles schweren Herzens beifürwortet, weil ich sie für damals unvermeidlich hielt. Ich bin mir dabei völlig bewußt gewesen, daß sehr viele Deutsche mein Handeln mißbilligen würden. Es war mir ferner von vornherein klar, daß manche Bestimmungen des uns aufgezwungenen Friedensvertrages auch bei dem denkbar besten Willen von deutscher Seite nicht durchführbar sein würden. Ich war aber überzeugt, daß es meine Pflicht sei, im Interesse Deutschlands so zu handeln, wie ich es getan habe. Mehr als jede andere Bestimmung des Friedens-